Judith Bollongino,
Tobias Götze,
Heiner Hastedt,
Christopher Höhn,
Tim Fritjof Huttel,
Antje Maaser (Hg.)

Umkämpftes Gemeinwohl

campus

Umkämpftes Gemeinwohl

Heiner Hastedt ist Professor für Philosophie an der Universität Rostock. *Judith Bollongino, Tobias Götze, Christopher Höhn, Tim F. Huttel* und *Antje Maaser* sind wissenschaftliche Mitarbeiter:innen des DFG-Graduiertenkollegs »Deutungsmacht«.

Judith Bollongino, Tobias Götze,
Heiner Hastedt, Christopher Höhn,
Tim Fritjof Huttel, Antje Maaser (Hg.)

Umkämpftes Gemeinwohl

Deutungsmachtkonflikte um das gemeinsame Wohl

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Der Band wird gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) – GRK 1887 »Deutungsmacht. Religion und belief systems in Deutungsmachtkonflikten«. Wir danken der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die Finanzierung der Drucklegung. Redaktion: Hanno Depner, unter Mitarbeit von Julian Müller.

ISBN 978-3-593-51765-0 Print
ISBN 978-3-593-45527-3 E-Book (PDF)
ISBN 978-3-593-45526-6 E-Book (EPUB)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.
Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.
Copyright © 2023. Alle Rechte bei Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main.
Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main
Satz: le-tex xerif
Gesetzt aus der Alegreya
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza
Beltz Grafische Betriebe ist ein klimaneutrales Unternehmen (ID 15985–2104-1001).
Printed in Germany

www.campus.de

Inhalt

Zum Stand der Gemeinwohldebatte

Wer soll des Gemeinwohls Hüter sein? 11
Herfried Münkler

Gemeinwohl in der politischen Theorie und Philosophie

Autorität und Gemeinwohl. Zur Rolle personaler Deutungsmacht in pluralistischen Konfliktordnungen 39
Grit Straßenberger

Gemeinsinn und Commonsense. Sondierungen zu einer humanistischen Grundlegung 59
Tim F. Huttel

Antworten auf die postdemokratische Gemeinwohlsimulation. *Woke* Identitätspolitik, grüne Expertokratie und rechter Kulturpopulismus 81
Veith Selk

Gemeinwohl in der Theologie

Deutung und Gestaltung des Gemeinwohls als Auftrag an die Kirchen? 101
Christian Polke †

Gemeinwohl und Individualwohl. Zusammengehörigkeit und Spannungen 123
Kurt Remele

Gemeinwohl in China und ausgehend von Ecuador

Deutungsmacht und Gemeinwohl in der Volksrepublik China 143
Nele Noesselt

Eine andere Wirtschaft für eine andere Zivilisation. Überlegungen ausgehend von der Reziprozität des *Buen Vivir* 161
Alberto Acosta

Gemeinwohl in der Ökonomie

Plädoyer für eine Gemeinwohl-Ökonomie 187
Christian Felber

Eigentum und Sachwaltung als Grundlagen einer unternehmerischen Kreislaufwirtschaft 211
Francis Cheneval

Gemeinwohl im Wohnungs- und Städtebau

Gemeinwohlorientierung in Stadtentwicklung und Wohnungsbau 233
Paula Koch und Antje Maaser

Deutungsmacht im Städtebau. Der Wiederaufbau Rostocks nach dem Zweiten Weltkrieg 253
Kersten Krüger

Resonanzen

Ein Plädoyer für das deutungsmachtsensible Streiten über »Gemeinwohl« 289
Judith Bollongino

Kurzbiographien der Beitragenden 311

Gemeinwohl in der Ökonomie

Plädoyer für eine Gemeinwohl-Ökonomie

Christian Felber

Einführung: Neue Wirtschaftsmodelle gesucht

Mehr und mehr wächst die Einsicht, dass die meisten der brennenden Probleme unserer Zeit mit dem bestehenden Wirtschaftsmodell nicht gelöst werden können. Dennoch stehen nur wenige umfassende Alternativmodelle zur Verfügung. Einige Ansätze konzentrieren sich auf einen Kernwert, wie die »Circular Economy«, die »Blue Economy« oder das »Parecon«-Modell. Andere Konzepte behandeln Wirtschaftsstrukturen jenseits von Märkten, wie der Gemeingüter-Ansatz, Tauschkreise oder lokale Komplementärwährungen. Wieder andere fokussieren primär auf Unternehmen, wie Social Businesses, die soziale und solidarische Ökonomie oder die B-Corps, ohne jedoch das Wirtschaftssystem als Ganzes in den Blick zu nehmen. Die Gemeinwohl-Ökonomie bietet, ähnlich wie »Doughnut Economics« oder der »Degrowth«-Diskurs, ein ganzheitliches Umdenken in Bezug auf Wirtschaft an, sie bietet ein vollständiges und konsistentes theoretisches Modell, das sich aus 20 Kernelementen zusammensetzt und auf den Ebenen Wirtschaftswissenschaft, Wirtschaftspolitik und Wirtschaftspraxis Transformationskraft entfaltet. Das ganzheitliche Geimeinwohl-Ökonomie-Modell umfasst zehn Aspekte, die im ersten Teil des Artikels vorgestellt werden:

- eine Definition von »Wirtschaft«;
- eine Klärung von Zielen und Mitteln;
- eine konsistente Methodik der Erfolgsmessung auf der Makro-, Meso- und Mikroebene;

- die Einbeziehung aller »Bühnen« des Wirtschaftens: Märkte, Gemeingüter, öffentliche Dienstleistungen und Haushalte (eine Gemeinsamkeit mit Doughnut Economics[1]);
- einen differenzierten Zugang zu Eigentum, der einem breiten Spektrum von Eigentumsarten verfassungsmäßige Grenzen und Bedingungen auferlegt;
- ein konkretes Konzept zur Begrenzung von Ungleichheit bei Einkommen, Privatvermögen, Erbschaft und Unternehmensgröße, welches das Problem der Machtkonzentration adressiert;
- die Vorstellung von Geld als »öffentlichem Gut« als Paradigma für ein gemeinwohlorientiertes Geld- und Finanzsystem;
- eine »ethische Welthandelsordnung« als Alternative zu Freihandel und Protektionismus;
- »ökologische Menschenrechte«, die den Ressourcenverbrauch einer Person deckeln, um allen lebenden und zukünftigen Menschen das gleiche Recht zu sichern, die Früchte des Planeten zu genießen;
- ein Konzept »souveräner Demokratie« zur Stärkung und Weiterentwicklung liberaler Demokratien, angesichts des weltweit beobachtbaren Rückgangs an Demokratien[2].

Auf dieser theoretischen und prozessualen Grundlage ist die Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung ein sehr lebendiger ko-kreativer Prozess, der von rund 5.000 aktiv beteiligten Bürger*innen, Unternehmer*innen, Berater*innen, Wirtschaftsprüfer*innen, Referent*innen, Wissenschaftler*innen und Lehrer*innen getragen wird. Gemeinsam haben sie fast ein Dutzend »Prototypen« – etwa betriebswirtschaftliche Instrumentarien, Transformationswerkzeuge oder wissenschaftliche Initiativen – entwickelt, die von Unternehmen, Banken, Städten, Schulen, Universitäten und anderen Organisationen praktisch angewendet werden. Diese Prototypen werden im zweiten Teil vorgestellt.

1 Raworth, Kate, *Doughnut Economics. Seven Ways to Think Like a 21st-Century-Economist*, London 2017.
2 V-Dem Institute, *Democracy Report 2021* und *2022*, Göteborg.

1. Das Theorie-Modell der Gemeinwohl-Ökonomie

I. Das Ziel des Wirtschaftens im historischen Rückblick

Das Wohlergehen der Mitglieder des Haushalts (»oikos«) war das ursprüngliche Ziel der griechischen *oikonomia*. Aristoteles unterschied diesen namensgebenden Begriff von »Ökonomie« von seinem Gegenteil, der *chrematistiké*, die sich dadurch auszeichnete, dass sie die Mittel, Geld und Kapital, zum Zweck machte. Während *chrematistiké* in der modernen Sprache mit Kapitalismus übersetzt werden kann, war *oikonomia* per definitionem eine Gemeinwohl-Ökonomie. Mit diesem Verständnis bildete Aristoteles keine Ausnahme, sondern die Regel für die nächsten Jahrtausende. Claus Dierksmeier kommt zu dem Schluss: »Von Aristoteles über Thomas von Aquin bis hin zu Adam Smith herrschte Konsens darüber, dass sowohl die ökonomische Theorie als auch die Praxis durch ein bestimmtes übergeordnetes Ziel (griechisch: telos) wie das ›Gemeinwohl‹ legitimiert und begrenzt werden müssen.«[3] Während die Ökonomie als Wissenschaft mit dem Aufkommen der neoklassischen Schule seit den 1870er Jahren bis heute einen anderen Weg eingeschlagen – und in der Zwischenkriegszeit das Bruttoinlandsprodukt entwickelt – hat, bestimmen Verfassungen demokratischer Staaten durchgehend das Gemeinwohl als übergeordnetes Ziel für die Wirtschaft. So heißt es zum Beispiel in der Bayerischen Verfassung: »Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl.« (Art. 151) In der Verfassung von Kolumbien heißt es: »Die wirtschaftliche Tätigkeit und Privatinitiative sind frei, innerhalb der Grenzen des Gemeinwohls.«[4] Gemäß dem Leipziger Wirtschaftspsychologen Timo Meynhardt »besitzt jede Sprache rund um den Globus ein Wort für Gemeinwohl […]. Eine Gesellschaftstheorie, die ohne Gemeinwohlbezug auskommt«, gebe es »schlicht nicht«.[5] Der Sozialethiker Kurt Remele erinnert an die starke Verankerung des Gemeinwohlprinzips in der christlichen Sozialethik und ortet aktuell eine »Wiederentdeckung des Gemeinwohls«.[6]

---

3 Dierksmeier, Claus, *Reframing Economic Ethics. The Philosophical Foundations of Humanistic Management*, Cham 2016, S. 35.

4 Felber, Christian/Heindl, Gisela, »Verfassungen und Gemeinwohl«, in Walter Pfeil/Sabine Urnik (Hg.), *Gesellschaftliche Verantwortung und Gemeinwohl als Unternehmensziele*, Wien 2015, S. 21–22.

5 Ebd.

6 Remele, Kurt, *»Es geht uns allen besser, wenn es allen besser geht«. Die ethische Wiederentdeckung des Gemeinwohls*, 2. Aufl., Ostfildern 2022.

II. Definition und Ziel von »Wirtschaft« in der ökonomischen Bildung

Interessanterweise gibt es in der ökonomischen Bildung eine auffallende Konfusion über das Ziel des Wirtschaftens. Als Zielgrößen stehen die Begriffe »Wohlstand« (Adam Smith) und »Wohlfahrt« zur Verfügung. Doch weder für den einen noch für den anderen Begriff gibt es eine Messgröße. Gemessen wird nur das Bruttoinlandsprodukt. Und dieses wird mit Wirtschaftsleistung gleichgesetzt, wenn »Bruttoinlandsprodukt-Wachstum« und »Wirtschaftswachstum« synonym verwendet werden. Aber ist es »die Wirtschaft«, die wächst, wenn das Bruttoinlandsprodukt wächst? Die Konfusion erreicht ihren Höhepunkt, wenn man in gängigen Ökonomie-Lehrbüchern eine Definition für »Wirtschaft« sucht – und keine findet. Es werden dort üblicherweise »Märkte« definiert, aber eben nicht »Wirtschaft«. Um diese Leerstelle zu füllen, schlägt ein Autorentrio der Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung folgende Definition für Wirtschaft vor: Es gehe um »die Befriedigung der Bedürfnisse lebender und künftiger menschlicher Generationen in Übereinstimmung mit demokratischen Werten und ökologischen planetarischen Grenzen«.[7] Dieser Versuch kann nur als Ausgangspunkt für die weitere Diskussion dienen, ist aber eine unverzichtbare Grundlage für die Bestimmung der Ziele des Wirtschaftens und der Wirtschaftspolitik sowie insbesondere für die Messung des wirtschaftlichen Erfolgs auf allen Ebenen.

III. Erfolg neu definiert: Gemeinwohl-Produkt und -Bilanz

In einer Gemeinwohl-Ökonomie würde Erfolg an den – demokratisch definierten – Zielen des Wirtschaftens messen, was nach aktuellem Stand der Verfassungen das Gemeinwohl ist. Die Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung teilt hierfür die »formale« Definition von Gemeinwohl, die in einem partizipativen Verfahren aller Betroffenen gefunden werden muss, im Unterschied zu einer – a priori feststehenden – inhaltlichen Definition.[8]

---

7 Dolderer, Johannes/Felber, Christian/Teitscheid, Petra, »From Neoclassical Economics to Common Good Economics«, in: *sustainability* 2021(13), 2093, S. 7, zuletzt abgerufen am 06.06.2023, https://www.mdpi.com/2071-1050/13/4/2093.

8 MISEREOR (Hg.), *Weltgemeinwohl. Globale Entwicklung in sozialer und ökologischer Verantwortung. Ein interkulturelles Dialogprojekt 2012 – 2015, Systematische Zusammenfassung eines gemeinsamen Pro-*

Auf der Ebene der Volkswirtschaft könnte ein Gemeinwohl-Produkt (GWP) das Bruttoinlandsprodukt als Erfolgsmaß ablösen. Die Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung schlägt vor, dass das GWP von den souveränen Bürger*innen definiert werden sollte. In Vorübungen kommen regelmäßig Teilziele wie Menschenwürde, Gesundheit, Lebenszufriedenheit, gelingende Beziehungen, sozialer Zusammenhalt, Verteilungsgerechtigkeit, politische Teilhabe, Grundrechte, Freiheit, Friede und Ökosystemstabilität als Ergebnisse heraus. Die finalen Teilziele könnten mithilfe von Indikatoren operationalisiert und das GWP sowohl in seinen einzelnen Bestandteilen als auch in seiner Gesamtheit – als Aggregat – messbar gemacht werden. Damit ließe es sich sowohl im Zeitabstand als auch zwischen den Regionen und Ländern vergleichen.[9]

Auf der Mikroebene zeigt die Gemeinwohl-Bilanz, wie viel ein Unternehmen zum Gemeinwohl beiträgt. Idealiter würde die Gemeinwohl-Bilanz vom volkswirtschaftlichen GWP abgeleitet – eine Organisation würden dann befragt, was sie zu den 20 GWP-Unterzielen beiträgt. Da es bisher noch kein GWP gibt – erste Prototypen sind am Entstehen – hat die Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung eine pragmatische Vorversion auf der Basis zentraler Verfassungswerte entwickelt: Diese Gemeinwohl-Bilanz, die international von mehr als 1000 Organisationen angewendet wird, misst, inwieweit diese Organisationen Menschenwürde, Solidarität, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Demokratie tatsächlich leben.[10] Zu den Berichtsfragen gehören zum Beispiel:

- Erfüllen Produkte und Dienstleistungen Grundbedürfnisse?
- Wie menschenwürdig sind die Arbeitsbedingungen?
- Wie umweltverträglich sind Produkte und Produktionsprozesse?
- Wie ethisch sind die Kund*innen-Beziehungen?
- Wie werden die Interessengruppen in die wichtigsten strategischen Entscheidungen einbezogen?
- Wie werden die Gewinne verteilt?

---

jekts des kirchlichen Entwicklungshilfswerks MISEREOR und des Instituts für Gesellschaftspolitik IGP, Aachen/München 2015, S. 8 f.

9 Felber, Christian, »Vom Bruttoinlandsprodukt zum Gemeinwohl-Produkt«, in Bernd Schleich/Yvonne Zwick (Hg.), *Vom betrieblichen Umweltschutz zur großen Transformation. Festschrift für Prof. Dr. Maximilian Gege*, München 2022, S. 349–358.

10 ECOGOOD, *The Common Good Balance Sheet*, zuletzt abgerufen am 06.06.2023, https://www.ecogood.org/apply-ecg/common-good-matrix/.

Entlang dieser Fragen erstellen die Unternehmen einen Gemeinwohl-Bericht, der von unabhängigen Auditor*innen extern geprüft wird; das quantifizierte und vergleichbare Ergebnis wird veröffentlicht. Die maximal mögliche Punktzahl beträgt 1.000 Punkte, in den ersten Jahren erreichen die meisten Unternehmen 200 bis 300 Punkte. Um Greenwashing zu vermeiden, führen negative Aspekte wie Menschenrechtsverletzungen in der Zulieferkette, Gewinnverschiebung in Steuerparadiese, massive Umweltschädigung oder intransparentes Lobbying zu Punktabzügen bis hin zu einem Minimum von minus 3.600 Punkten. Bei mehrfacher Verletzung ist die Möglichkeit der Verhängung der »ethischen Insolvenz« angedacht.

Der Kern des Vorschlags besteht darin, Unternehmen mit guten Bilanzergebnissen mit Steuervorteilen, niedrigeren Zöllen, besseren Kreditkonditionen und Vorrang bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu belohnen. Durch diese Maßnahmen würden ethische und umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen preisgünstiger als weniger ethische, anstatt wie heute einen Wettbewerbsnachteil durch höhere Kosten und Preise zu erleiden. Langfristig wären nur noch umfassend verantwortliche und nachhaltige Investitionen und Unternehmen rentabel. Der »Systemfehler« kapitalistischer Marktwirtschaften wäre behoben.

In Spanien, Italien, Deutschland und Österreich gewähren einige Städte und Landesregierungen gemeinwohlorientierten Unternehmen bereits Vorzugsbehandlungen und Zuschüsse. Die Stadt Portland im US-Bundesstaat Oregon erhebt höhere Steuern auf Unternehmen, wenn das Gehalt des Vorstandsvorsitzenden mehr als das 100-fache des Mediangehalts aller Beschäftigten beträgt, und zusätzliche 25 Prozent, wenn das Verhältnis das 250-fache übersteigt.[11]

IV. Verwendung von Gewinnen

Gewinne sind, wie Geld oder Kapital, wirtschaftliche Mittel. Wofür ein Unternehmen Gewinne verwenden darf, sollte klar geregelt sein. Die Gesellschaft reguliert geschäftliche und individuelle Aktivitäten auf vielfältige Weise, von Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Autobahnen bis hin zu

11 Morgenson, Gretchen: »Portland Adopts Surcharge on C.E.O. Pay in Move vs. Income Inequality« (7.12.2016), in: *New York Times*, zuletzt abgerufen am 06.06.2023, https://www.portland.gov/policies/licensing-and-income-taxes/fees/lic-502-pay-ratio-surtax.

GEMEINWOHL-MATRIX 5.0

GEMEINWOHL ÖKONOMIE Ein Wirtschaftsmodell mit Zukunft

WERT / BERÜHRUNGSGRUPPE	MENSCHENWÜRDE	SOLIDARITÄT UND GERECHTIGKEIT	ÖKOLOGISCHE NACHHALTIGKEIT	TRANSPARENZ UND MITENTSCHEIDUNG
A: LIEFERANT*INNEN	**A1** Menschenwürde in der Zulieferkette	**A2** Solidarität und Gerechtigkeit in der Zulieferkette	**A3** Ökologische Nachhaltigkeit in der Zulieferkette	**A4** Transparenz und Mitentscheidung in der Zulieferkette
B: EIGENTÜMER*INNEN & FINANZ-PARTNER*INNEN	**B1** Ethische Haltung im Umgang mit Geldmitteln	**B2** Soziale Haltung im Umgang mit Geldmitteln	**B3** Sozial-ökologische Investitionen und Mittelverwendung	**B4** Eigentum und Mitentscheidung
C: MITARBEITENDE	**C1** Menschenwürde am Arbeitsplatz	**C2** Ausgestaltung der Arbeitsverträge	**C3** Förderung des ökologischen Verhaltens der Mitarbeitenden	**C4** Innerbetriebliche Mitentscheidung und Transparenz
D: KUND*INNEN & MITUNTERNEHMEN	**D1** Ethische Kund*innen-beziehungen	**D2** Kooperation und Solidarität mit Mitunternehmen	**D3** Ökologische Auswirkung durch Nutzung und Entsorgung von Produkten und Dienstleistungen	**D4** Kund*innen-Mitwirkung und Produkttransparenz
E: GESELLSCHAFTLICHES UMFELD	**E1** Sinn und gesellschaftliche Wirkung der Produkte und Dienstleistungen	**E2** Beitrag zum Gemeinwesen	**E3** Reduktion ökologischer Auswirkungen	**E4** Transparenz und gesellschaftliche Mitentscheidung

Abbildung 1: Gemeinwohl-Matrix für Unternehmen (GWÖ-Bewegung)
Quelle: zuletzt abgerufen am 29.06.23, https://germany.ecogood.org/tools/gemeinwohl-matrix/.

Sicherheitsvorschriften in der verarbeitenden Industrie. Die Verwendung von Gewinnen sollte da keine Ausnahme bilden. Einem Unternehmen sollte es freistehen, seine Gewinne für Investitionen in das Unternehmen, für Rücklagen für künftige Verluste, für die Ausschüttung von Dividenden an die Mitarbeiter oder für Solidardarlehen an andere Unternehmen zu verwenden. Andere Verwendungen könnten dagegen eingeschränkt werden, zum Beispiel Finanzinvestitionen oder Dividendenausschüttungen an nicht mitarbeitende Eigentümer*innen. Schließlich könnten einige Praktiken untersagt werden, darunter: feindliche Übernahmen oder Spenden an politische Parteien.

Durch diese Neuregelung der Verwendung von Gewinnen wären Unternehmen nicht länger einseitig vom Profitmotiv getrieben und könnten sich stärker auf die Entwicklung sinnvoller Produkte und die Förderung des Gemeinwohls auf allen Ebenen ausrichten.

V. Von der »Kontrakurrenz« zur Kooperation

Ein Grundpfeiler der kapitalistischen Marktwirtschaft ist die Vorstellung, dass Wettbewerb die Wirtschaft antreibt. Der Träger des Reichsbanken-Preises[12] Friedrich August von Hayek schrieb, dass der Wettbewerb »in den meisten Fällen die effizienteste Methode« darstelle.[13] Empirisch hat sich das nicht bestätigt: Entgegen dem Menschenbild der neoklassischen Ökonomie gibt es breite wissenschaftliche Evidenz, dass Kooperation stärker motiviert als Konkurrenz.[14] Der Grund dafür ist: Kooperation motiviert über gelingende Beziehungen, während Konkurrenz primär über Angst antreibt. Millionen von Menschen haben Angst, ihren Arbeitsplatz, ihr Einkommen, ihren sozialen Status und ihren Platz in der Gemeinschaft zu verlieren. Warum sollte man diesen Zustand fördern? Wirtschaftliche Aktivitäten und Erwerbsarbeit sollten helfen, Freude zu empfinden und Sinn zu erfahren. Sich besser zu fühlen, weil es anderen schlechter geht, gilt in der Psychologie als nicht gesund und Hinweis auf ein Selbstwert-Defizit.[15] Das Konzept des Wettbewerbs lässt sich im Wort »Kompetition« (engl. *competition*) von dem lateinischen Begriff des gemeinsamen Suchens (»cum« und »petere«) herleiten. Die Gemeinwohl-Ökonomie fördert den echten Wettbewerb in der ursprünglichen Bedeutung des Wortes »Konkurrenz«, »zusammen laufen« (»con« und »currere«), im Unterschied zum Gegeneinander-Agieren (»Kontrakurrenz«). Der Wettbewerb würde in der Gemeinwohl-Ökonomie nicht verschwinden. Aber seine Schattenseiten würden in der Gemeinwohl-Bilanz eines Unternehmens sichtbar und könnten negativ angereizt werden. Die Gemeinwohl-Ökonomie schlägt konkret vor, dass aggressive Formen des Gegeneinander-Agierens wie feindliche Übernahmen, Preisdumping oder Sperrpatente negativ, systemische Kooperation wie das Arbeiten mit Open Source oder das Teilen von Produktionsmitteln positiv angereizt werden.

Im derzeitigen System ist Kooperation auf Märkten teilweise negativ konnotiert, da sie als Mittel zur Bildung von Kartellen und Monopolen und zur Gewinnmaximierung auf Kosten des Ganzen genutzt werden kann. Um ein solches Systemversagen zu vermeiden, ist in der Gemeinwohl-Ökono-

12 Felber, Christian, *This is not economy. Aufruf zur Revolution der Wirtschaftswissenschaft*, Wien 2019, S. 165–175.

13 Hayek, Friedrich. A., *The Road to Serfdom*, London 2005, S. 45.

14 Kohn, Alfie, *No Contest. The Case against Competition. Why we lose in our race to win*, Boston/New York 1992, S. 205.

15 Ebd., S. 97 und 99.

Aktives Schädigen von Mitunternehmen (»Kontrakurrenz«)	**Unterlassen von Hilfestellung und Kooperation**	**Spontane/selektive Kooperation auf Individueller Ebene**	**Systematische Kooperation auf Branchenebene**
Preisdumping	Nichtüberlassung relevanter Information	Unterstützung mit Know-how	Open source, Creative Commons-Lizenzen
Sperrpatente	Unvollständige Information der Konsument*innen	Finanzielle Hilfe, z. B. Liquiditätsausgleich, zinsfreier Kredit	Definition und Anstreben einer optimalen Größe
Feindliche Übernahme	Nichtüberlassung von Restmaterialien	Überlassen von Arbeitskräften	Teilnahme am Branchentisch zur Krisenbewältigung
Massenmediale Werbung	Nichtüberlassung unbenötigter Betriebsmittel	Überlassung von Aufträgen	Beteiligung an egalitärem Produktinformationssystem
Strategische Klagen	Nichtüberlassung freier Arbeitskräfte	Gemeinsame F&E	Einzahlungen in Insolvenzfonds
Schlechtes Bilanz-Ergebnis	Schwaches Bilanz-Ergebnis	Gutes Bilanz- Ergebnis	Vorbildliches Gemeinwohl-Bilanzergebnis

Tabelle 1: Von der »Kontrakurrenz« zur Kooperation
Quelle: Felber, Christian: »Gemeinwohl-Ökonomie«, München 2018, S. 59.

mie eine starke kartellrechtliche Regulierung vorgesehen. Zusammenarbeit würde in erster Linie zu einem Mittel zur Mehrung des Gemeinwohls werden, da dieses primäre Ziel in den einzelnen Gemeinwohl-Bilanzen gemessen wird. Dieses Ziel würde Unternehmen vom Wachstumszwang befreien und ihnen erlauben, ihre optimale Größe zu finden. Die Evolutionstheorie lehrt uns, dass keine Art unendlich wächst. Im Gegenteil, die meisten lebenden Organismen finden nach einer anfänglichen Wachs-

tumsphase ihre »optimale Größe«[16], die sie bis zu ihrem Tod mehr oder weniger beibehalten. Außerdem haben Biolog*innen und Ökolog*innen, die sich lange auf den Wettbewerb und Auslese konzentriert haben, entdeckt, dass Kooperation das grundlegendere Muster ist; sogar Bäume füttern sich in komplexen Symbiosen über Artengrenzen hinweg gegenseitig. Für den Harvard-Mathematiker und Biologen Martin Nowak ist »Kooperation die Chefarchitektin der Evolution«.[17] In der Gemeinwohl-Ökonomie wird die Landschaft der wirtschaftlichen Zusammenarbeit eher durch »Leben und leben lassen« gekennzeichnet sein als durch »Fressen und gefressen werden«.

VI. Vielfalt der Eigentumsformen

Während die beiden »großen Erzählungen« Kapitalismus und Sozialismus jeweils nur auf *eine* Eigentumsform – entweder Privat- oder Staatseigentum – setz(t)en, verfolgt die Gemeinwohl-Ökonomie den Ansatz der Vielfalt von Eigentumsformen, bei gleichzeitigem Setzen von Grenzen und Bedingungen für alle. Sie bietet Platz für Privateigentum, öffentliches Eigentum, Gemeinschaftseigentum, Gemeingüter (Commons) sowie Nichteigentum (an Natur) in Form von Nutzungsrechten als auch von Schutzrechten.

Dem Privateigentum würde die Gemeinwohl-Ökonomie sowohl Obergrenzen auferlegen als auch Bedingungen (etwa die Sozialpflicht in Form einer Gemeinwohl-Bilanz). Regierungen hingegen sollten sich auf grundlegende Infrastruktur-Sektoren wie Wasser, Energie und Verkehr beschränken oder auf das Gesundheits- und Bildungswesen, und die Produktion von beispielsweise Möbeln, Kleidung oder Lebensmitteln dem privaten Sektor überlassen. Der Souverän könnte in einem demokratischen Verfassungsprozess definieren, welche Leistungen zur Daseinsvorsorge zählen und damit öffentlich erbracht oder wenigstens gewährleistet werden sollen. Privatisierungen dürften nur mit der aktiven Zustimmung des Souveräns – der Eigentümer*in – erfolgen.

Gemeingüter, eine weitere Form des Eigentums, sollten gesetzlich nicht minder streng geschützt werden wie das Privateigentum. »Commoning«

16 Schumacher, Ernst F, *Small is beautiful. Die Rückkehr zum menschlichen Maß*, München 2019.

17 Nowak, Martin, *Supercooperators: Beyond the Survival of the Fittest: Why Cooperation, Not Competition, is the Key to Life*, Edinburgh 2012, S. XX.

könnte zu einer von mehreren Wirtschaftskulturen aufsteigen.[18] Unternehmen in kollektivem Besitz werden von ihren Stakeholdern kontrolliert, das heißt von den Arbeitnehmer*innen, Kund*innen und Lieferant*innen, und nicht von externen Investor*innen. Eine wichtige Ausnahme bei den Eigentumsrechten ist die Natur. Um unsere Ursprünge und unsere fruchtbare Erde zu respektieren, schlägt die Gemeinwohl-Ökonomie neben Schutzgebieten ohne Nutzung die begrenzte und bedingte Nutzung der Natur vor sowie ein Ende von Eigentumsrechten an Natur. Dieser Ansatz würde unter anderem Landgrabbing, Immobilienspekulationen und Patenten auf lebende Organismen ein Ende setzen.

Diesen Überlegungen und Vorschlägen liegt der Gedanke zugrunde, dass alles Eigentum und alle Eigentumsrechte höheren Werten wie der Menschenwürde, der sozialen Gerechtigkeit und dem Gemeinwohl dienen müssen.

VII. Begrenzung der Einkommens- und Vermögensgleichheit

Der Public-Health-Experte Richard Wilkinson und sein Team haben anhand einer breiten Palette von Faktoren gezeigt, dass Gleichheit in der Gesellschaft direkt mit einer besseren Lebensqualität für alle verbunden ist.[19] In vielen Ländern würde eine große Mehrheit der Bürger ein geringeres Maß an Ungleichheit befürworten. Eine Umfrage der Financial Times und Harris Poll ergab, dass 78 Prozent der Befragten in den USA der Meinung sind, dass die Ungleichheit zu groß geworden ist. Im Vereinigten Königreich waren es 79 Prozent, in China 80 Prozent und in Deutschland 87 Prozent.[20] Ein Grundbaustein der Gemeinwohl-Ökonomie ist daher die Begrenzung der Ungleichheit. Obergrenzen könnten beim Einkommen, beim Eigentum, bei Erbschaften oder der Unternehmensgröße gesetzt werden. Die internationale Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung nutzt das Verfahren des »systemischen Konsensierens«, um zu zeigen, wie Grenzen gesetzt werden können. In dieser Abstimmungsmethode wird der Widerstand gegen

18 Helfrich, Silke/Bollier, David, Commons. *Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*, 2. Aufl., Bielefeld 2014 und *Frei, fair und lebendig. Die Macht der Commons*, transcript, Bielefeld 2019.

19 Wilkinson Richard/Pickett, Kate, *The Spirit Level. Why More Equal Societies Almost Always Do Better*, London 2010.

20 Thornhill, John, »Income Inequality Seen as the Great Divide«, in: *Financial Times*, 19. Mai 2008.

Eigentumsform	**Öffentliches Eigentum**	**Privates Eigentum**	**Gesellschafts-Eigentum**	**Gemeinschafts-Eigentum**	**Nutzungsrecht (kein Eigentum)**	**Schutzrechte (keine Nutzung)**
Anwendungs-Gebiet	Infrastruktur	Konsumgüter, Familien-Unternehmen	Produktion von Konsumgütern	Allmenden, Gemeingüter	Natur	Schutzgebiete
Beispiele	Schule, Rathaus, Zentralbank, Geld	Fahrrad, Eigenheim, Unternehmen	Große Produktionsunternehmen, Genossenschaften	Weide, Fischgrund, Saatgut, Software	Wasser, Boden, Saatgut, DNA, Artenvielfalt	Gebiete der Regeneration und Reproduktion
Grenzen & Bedingungen	Strategische Güter und Dienstleistungen	Größengrenzen, Gemeinwohl-Bilanz	Systemrelevanz	Klare Spielregeln und Sanktionen	Ökologische Menschenrechte	Rechte der Natur; intrinsischer Wert

Tabelle 2: Eigentumsformen in der GWÖ, Anwendungsfelder, Grenzen und Bedingungen
Quelle: Eigene Darstellung.

mehrere alternative Vorschläge gemessen, wobei derjenige gewinnt, der den geringsten Widerstand auslöst. In bisher rund 500 Abstimmungen mit insgesamt mehr als 50.000 Menschen von Schweden bis Chile wurden in der Regel Maximaleinkommen im Ausmaß des Drei-, Fünf-, Sieben-, Zehn-, Zwölf-, Fünfzehn-, Zwanzig-, Fünfzig- oder Hundertfachen des Mindestlohns vorgeschlagen. In neun von zehn Abstimmungen stießen sowohl unbegrenzte Ungleichheit als auch völlige Gleichheit auf hohen Widerstand, während moderate Vorschläge in der Mitte einen viel geringeren Widerstand auslösten. In neun von zehn Abstimmungen gewann der Faktor zehn, als maximale Ungleichheit zwischen den höchsten und niedrigsten

Einkommen. Zum Vergleich: In Österreich erhalten Spitzenmanager das 1.150-fache des geringsten bekannten Lohns. In Deutschland ist es das 6.000-fache, und in den USA das unglaubliche 350.000-fache: Der Hedgefondsmanager John Paulson verdiente 2010 fünf Milliarden US-Dollar.[21] Im Gemeinwohl-Ökonomie-Modell bilden das Mindest- und das Höchsteinkommen die gesetzlichen Grenzen, dazwischen ist Ungleichheit möglich und darf privatrechtlich frei ausgehandelt werden.

Neben diesen Schutzgrenzen vor übermäßiger Ungleichheit würden zusätzliche Maßnahmen wie höhere und progressivere Kapitalertragssteuern, Finanztransaktionssteuern sowie progressive Vermögens- und Erbschaftssteuern den sozialen Zusammenhalt absichern. Auf globaler Ebene würde eine Steuer von 1 oder 2 Prozent auf das Vermögen von *High Net Worth Individuals* (HNWI) beachtliche 0,8 bis 1,6 Billionen US-Dollar einbringen. Das wäre genau der Betrag, der zur vollständigen Finanzierung der *Sustainable Development Goals* (SDGs) benötigt würde.[22] Eine Steuer von 1 bis 2 Prozent auf HNWI-Vermögen liegt weit unter der Zuwachsrate dieser Vermögen in den letzten zehn Jahren. Die Zahl der HNWI ist von sechs Millionen im Jahr 1996 auf 20,8 Millionen im Jahr 2020 angestiegen, und ihr Gesamtvermögen wuchs von 15,1 Billionen US-Dollar (1995) auf 80 Billionen (2020).[23]

VIII. Geld als öffentliches Gut

In der Gemeinwohl-Ökonomie werden Kapital, Gewinn, Geld und Kredit konsequent als Mittel (zur Mehrung des Gemeinwohls) betrachtet. Das Paradigma effizienter Finanzmärkte würde durch das Paradigma »Geld als öffentliches Gut« abgelöst. Das bedeutet in erster Linie, dass die souveränen Bürger*innen die Regeln für das Geld- und Finanzsystem in demokratischen Beteiligungsprozessen festlegen, zum Beispiel in Bürger*innen-Räten oder Wirtschaftskonventen. Diese würden die Grundbausteine der monetären Ordnung legen. Zu den Leitprinzipien eines gemeinwohlorientierten Geld- und Finanzsystems könnten zählen:

---

21 Ahmed, Azam/Creswell, Julie, »Bet on Gold Nets Paulson $ 5 Billion«, in: *The New York Times*, 28. Januar 2011.

22 Oxfam International/Development Finance International, *Financing the Sustainable Development Goals. Lessons from government spending on the MDGs*, *Forschungsbericht*, Nairobi/London 2015, S. 30.

23 Capgemini, *World Wealth Report 1997*, Paris 1997, S. 2–3 und *World Wealth Report 2021*, Paris 2021, S. 6–7.

- Die Zentralbank ist eine öffentliche Institution, deren Organe sich aus allen relevanten Akteuren der Gesellschaft zusammensetzen.
- Die Ziele der Geldpolitik werden vom Souverän bestimmt.
- Die Zentralbank schöpft das Geld; Geschäftsbanken sind lediglich Vermittler von »öffentlichem« Geld.
- Der Geldschöpfungsgewinn fließt als »Souveränage« in den Abbau von Staatsschulden, in sinnvolle Staatsausgaben oder als Bürger*innen-Dividende an alle Haushalte.[24]
- Geschäftsbanken dienen der Wirtschaft und der Gesellschaft, sie dürfen deshalb keine Gewinne ausschütten.
- Kredite dürfen nur für Investitionen in die Realwirtschaft vergeben werden, Kreditanträge werden nicht nur auf finanzielle Risiken, sondern zuerst auf ihre ethischen Risiken geprüft. Je besser das Ergebnis der Gemeinwohl-Prüfung desto günstiger die Kreditkonditionen und umgekehrt.

Eigenkapital kann über regionale Gemeinwohl-Börsen angeworben werden, im Unterschied zu kapitalistischen Börsen wären Unternehmensanteile jedoch nicht handelbar, nur rückgebbar. Statt der Finanzrendite würden die Motive Sinn, Nutzwerte und Ethik (»triple skyline«) die Allokation von (Eigen-)Kapital steuern. Damit würden die Mittel des Wirtschaftens – Geld und Kapital – endlich ihren Zielen dienen, anstatt der eigenen Vermehrung im Interesse der Besitzenden.[25]

IX. Ethischer Welthandel

Die internationale Dimension einer gemeinwohlorientierten Marktwirtschaft könnte als ethischer Welthandel bezeichnet werden. »Freihandelsabkommen« beruhen auf der Prämisse, dass mehr Handel immer besser ist. Die Welthandelsorganisation (WTO), pluri- und bilaterale Handels- und Investitionsabkommen fördern wahllos mehr Handel, ohne dass dessen Auswirkungen auf andere internationale Abkommen, globale Gemeingüter und Grundwerte ernsthaft berücksichtigt werden. Dabei sollte der Handel –

24 Felber, Christian, *Vom Vollgeld zum »Souveränen Geld«. Vorteile und Optionen einer Vollgeldreform, Arbeitspapier*, akt., Wien 2020.

25 Felber, Christian, *Geld. Die neuen Spielregeln*, Wien 2014, S. 161–165.

wie Geld, Kapital oder Kredit – lediglich ein Mittel zur Förderung der Ziele des Gemeinwohls sein: Menschen- und Arbeitsrechte, Verteilungsgerechtigkeit, sozialer Zusammenhalt, Nachhaltigkeit und Demokratie. Folglich wird vorgeschlagen, das derzeitige Mehrebenen-System von Freihandelsabkommen durch eine einheitliche multilaterale ethische Handelszone innerhalb der Vereinten Nationen (UNETZ) zu ersetzen.[26] Eine solche UNETZ würde auf folgenden Säulen beruhen:

1. Das Fundament ist die Verpflichtung zu ausgeglichenen Handelsbilanzen, eine Idee von John Maynard Keynes;[27] unter dieser Prämisse würde der Welthandel für das »allgemeine Wohl des Ganzen« (David Ricardo[28]) arbeiten, da es sich per definitionem um ein systemisches Win-Win-Setting handeln würde; außerdem könnten alle Länder so offen oder geschützt sein, wie sie wollen (was echten »Freihandel« bedeuten würde).
2. Diese neue Freiheit – ich nenne sie »Tanzkleid« statt »Zwangsjacke«[29] – würde es den Ländern mit niedrigem Einkommen erlauben, sensible Industrien zu schützen und ihre eigene Industrie-, Technologie- und Entwicklungsstrategie zu entfalten, wie es der Cambridge-Ökonom Ha-Joon Chang befürwortet.[30] Kein Land sollte bei seinen innenpolitischen Entscheidungen eingeschränkt werden. Folglich hätten ärmere Länder die gleichen Möglichkeiten, ihre jungen Industrien zu unterstützen, welche die entwickelten Länder in ihrer Geschichte genutzt haben.
3. Einkommensschwachen Ländern wird ein gewisser Vorsprung zugestanden, bis sie den Rückstand gegenüber den reicheren Ländern aufgeholt haben. Anstatt die »Entwicklungsleiter«, über die die heutigen Industrieländer in der Vergangenheit mit Zöllen, Subventionen und anderen Schutzmaßnahmen geklettert sind, wegzuziehen[31], wür-

26 Felber, Christian, *Ethischer Welthandel*, Wien 2017.

27 Keynes, John M., »Proposals for an International Clearing Union«, in: John K. Horsefield (Hg.), *The International Monetary Fund 1945–1965. Twenty Years of International Monetary Cooperation*, Bd. 3, Washington 1969, S. 17–63.

28 Ricardo, David, *Über die Grundsätze der Politischen Ökonomie und der Besteuerung*, 2., überarb. Aufl., Marburg 2006, S. 114.

29 Friedman, Thomas, *The Lexus and the Olive Tree*, New York 2000, S. 105.

30 Chang, Ha-Joon, *Kicking Away the Ladder. Development Strategy in Historical Perspective*, London/New York 2003.

31 List, Friedrich, *Das nationale System der politischen Ökonomie. Erster Band: Der internationale Handel, die Handelspolitik und der deutsche Zollverein*, Stuttgart-Tübingen 1841, S. 476.

de diese Leiter ausdrücklich in den Dienst von Ländern mit niedrigen Einkommen gestellt.

4. Länder, die sich mehr für Frieden, Menschenrechte, Klimastabilität, Schutz der biologischen Vielfalt, Steuergerechtigkeit und kulturelle Vielfalt engagieren, sollten untereinander freieren Handel treiben als mit Ländern, die sich in geringerem Maße oder gar nicht für diese Ziele einsetzen. Eine Verweigerung der Kooperation in diesen Bereichen würde über ein System »ethischer Zölle« zu strukturellen Nachteilen führen.
5. Ebenso sollten Unternehmen, die sich stärker für die Werte und Ziele der internationalen Gemeinschaft engagieren, die in ihrer Gemeinwohl-Bilanz oder einem vergleichbaren Nachhaltigkeitsbericht veröffentlicht sind, freieren Zugang zur ethischen Handelszone haben als Unternehmen mit schlechterer Nachhaltigkeitsperformance. Die UNETZ würde verantwortungsvolleren und nachhaltigeren Unternehmen Vorrang einräumen.
6. Schließlich würde die bestehende Global-Governance-Architektur um neue Elemente ergänzt: eine globale Fusionskontrolle, eine globale Steuerbehörde sowie eine Finanzaufsicht[32] oder ein Weltgerichtshof für Menschenrechte[33].

Eine demnächst erscheinende Studie zum Ethischen Welthandel schlägt einen konkreten Weg vor, wie eine Ethische Handelszone der Vereinten Nationen auf einer 2019 gestarteten Initiative von Island, Norwegen, Neuseeland, den Fidschi-Inseln und Costa Rica aufgebaut werden könnte[34].

X. Souveräne Demokratie

Einige dieser Vorschläge mögen manchen unrealistisch erscheinen, weil Regierungen und Parlamente weder heute noch morgen willens sind, solche Reformen anzugehen, auch wenn eine Mehrheit der Menschen dafür wäre. Diesen Zustand zeitgenössischer Demokratien hat der britische Politikwis-

---

32 Stiglitz, Joseph, u.a., *Report of the Commission of Experts of the President of the United Nations General Assembly on Reforms of the International Monetary and Financial Systems*, New York 2009, S. 96.

33 Kozma, Julia/Nowak, Manfred/Scheinin, Martin, *A World Court of Human Rights – Consolidated Statute and Commentary*, Studienreihe des Ludwig Boltzmann Instituts für Menschenrechte, Bd. 22, Wien/Graz 2010.

34 Felber 2023, noch nicht veröffentlicht.



Abbildung 2: Ethischer Welthandel
Quelle: Eigene Darstellung.

senschaftler Colin Crouch als »Postdemokratie« bezeichnet.[35] Aber leben wir nicht vielmehr in einer »Prädemokratie«, zumal eine tiefergehende Form dieser »schlechtesten Staatsform, mit Ausnahme aller anderen« noch nie existiert hat? In einer echten Demokratie wäre die souveräne Bevölkerung die »höchste Instanz«, sie wäre als konstituierende Staatsgewalt den konstituierten Gewalten vorgeordnet. »Souverän« leitet sich vom lateinischen »superanus« ab und bedeutet »über allem stehend«. Eine vierte Staatsgewalt, die »Konstitutive«, würde die bisherigen Gewalten – Legislative, Exekutive und Judikative – nicht in Frage stellen, sondern ergänzen – und teilweise auch korrigieren. Souveräne Bürger*innen könnten die Verfassung, die Gesetze, die Wirtschaft und die Institutionen mit ihren kollektiven Grundrechten ändern. Solche »Souveränsrechte« könnten einschließen:

1. Einen Verfassungskonvent wählen und über die Ergebnisse abstimmen;
2. die Verfassung ändern;
3. eine konkrete Regierung(skonstellation) wählen;
4. die Regierung abwählen;

35 Crouch, Colin, *Postdemokratie*, Frankfurt/M. 2008.

5. ein Gesetzesvorhaben des Parlaments oder eine Regierungsverordnung stoppen;
6. selbst ein Gesetz initiieren und darüber abstimmen;
7. einen Bürger*innen-Rat initiieren;
8. wesentliche Bereiche der Daseinsvorsorge regulieren und kontrollieren;
9. Geld ausgeben;
10. über neue internationale Verträge abstimmen.

Das aktuelle Beispiel Chile zeigt, was möglich ist: Eine verfassungsgebende Versammlung wurde direkt gewählt und setzte sich zu 50 Prozent aus Frauen und zu 11 Prozent aus Vertreter*innen indigener Gemeinschaften zusammen. Ihr Verfassungsentwurf wurde im Herbst 2022 zwar abgelehnt, es zeichnet sich aber die Überarbeitung der Erstversion und eine neuerliche Volksabstimmung ab. Falls es zur Annahme des 2. Entwurfs kommt, wird er die bestehende Verfassung ersetzen, die noch aus der Diktatur von Augusto Pinochet in den 1980er Jahren stammt.

In Deutschland haben – nach Kanada und Irland – in den letzten Jahren vermehrt Bürger*innen-Räte stattgefunden. Der erste 2019 zum Thema Demokratie sah vor, dass die Bevölkerung aus eigener Initiative einen Bürger*innen-Rat initiieren kann. Dieser könnte für ein größeres Problem oder eine Grundsatzfrage mehrere Lösungsszenarien ausarbeiten, und diese könnten in einer Volksabstimmung »systemisch konsensiert« werden, das heißt auf ihren Widerstand gemessen werden. In diesem bereits referenzierten Verfahren, das von zwei Mathematikern der Universität Graz entwickelt wurde, müssen mindestens zwei Alternativen zur Abstimmung gebracht werden – der Ist-Zustand und eine Alternative –, wobei derjenige Vorschlag gewinnt, der den geringsten Schmerz und Widerstand auslöst. Mit anderen Worten: der die Freiheit aller im geringstmöglichen Ausmaß einschränkt oder eben das Gemeinwohl optimiert.

Souveräne Versammlungen könnten sich auf grundsätzliche Fragen konzentrieren, während die Legislative für die rechtliche Umsetzung und die Details zuständig wäre. Solche Fragen könnten sein:

– Wollen wir »chrematistiké« oder »oikonomia«, eine Geld- und Kapital-Wirtschaft oder eine Wirtschaft für das Gemeinwohl?
– Soll die Ungleichheit unbegrenzt sein oder in moderaten Grenzen gehalten werden?

- Sollten Banken, die zu groß sind, um zu scheitern (»too big to fail«), existieren dürfen oder sollte für Unternehmen und Banken eine Größengrenze gelten?
- Soll der Kapitalverkehr in Steueroasen frei sein oder gemäß dem Steuerunterschied besteuert werden?
- Sollen die internationalen Handelsbeziehungen nach dem Modell »Freihandel«, »Protektionismus« oder »Ethischer Handel« gebildet werden?
- Soll der zentrale Maßstab der Wirtschaftspolitik das Bruttoinlandsprodukt oder ein Gemeinwohl-Produkt sein?

Zur letzten Frage gibt es bereits Erhebungen. In einer repräsentativen Umfrage im Auftrag des Bundesumweltministeriums wünschten sich nur 18 Prozent der Deutschen, dass das Bruttoinlandsprodukt unter heutigen Bedingungen der wichtigste Maßstab für die Wirtschafts- und Sozialpolitik bleibt; fast zwei Drittel bevorzugten einen umfassenderen Indikator für die Lebensqualität.[36]

2. Prototypen für die Gemeinwohl-Praxis

Seit ihrem Start im Jahr 2010 hat die internationale Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung eine Reihe praktischer Instrumente geschaffen, die von Unternehmen, Start-ups, Banken, Städten, Regionen, Schulen und Universitäten eingesetzt werden. Jeder dieser »praktischen Prototypen« kann auf alle Ebenen des Wirtschaftslebens und in alle Regionen übertragen und dort angepasst, verfeinert und weiterentwickelt oder mit anderen Instrumenten kombiniert werden.

I. Unternehmen

Etwa 3.000 Unternehmen aus fünfzig Ländern haben sich gegenwärtig der Bewegung angeschlossen, und mehr als 1.000 haben zumindest einmal eine Gemeinwohl-Bilanz erstellt. Die Anwender kommen aus allen Branchen:

36 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit/Umweltbundesamt, *Umweltbewusstsein in Deutschland 2014. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage*, Berlin 2015, S. 22 und 35.

Landwirtschaft, Lebensmittel, Tourismus, Konsumgüter, Logistik oder Finanzdienstleistung. Die Ansätze sind vielfältig. Die Berliner Bäckerei Märkisches Landbrot versammelt jährlich die gesamte Lieferkette um einen Tisch: Getreidebäuer*innen, Stammkund*innen, Mitarbeiter*innen und Eigentümer*innen. Jedes Jahr werden die Bäuer*innen gefragt: Welchen Preis benötigt ihr dieses Jahr, um gut leben zu können? Der in der Antwort genannte Preis wurde in der Regel bezahlt. Die Bäckerei Biokaiser in Wiesbaden hält derzeit in Zusammenarbeit mit Landwirten und Müllern die Brotpreise stabil, um das Budget einkommensschwacher Familien nicht zu überlasten. Die Westerwald Brauerei versucht, alle Vorprodukte aus einem Umkreis von 100 Kilometern zu beziehen. Das Versandhaus Grüne Erde wurde dank eines Indikators in der Gemeinwohl-Bilanz darauf aufmerksam, dass die Mitarbeiter*innen jährlich zweimal um den Globus flogen, obwohl davon ausgegangen worden war, dass die Firmenflüge vollkommen vernachlässigbar seien. Daraufhin wurde das Flugbudget auf Null gesenkt und in eine Videokonferenz-Infrastruktur investiert. Der Krankenversicherer Pro Vita aus Bayern ermutigt seine Kund*innen dazu, weniger Fleisch zu essen (wofür er auf der UN-Klimakonferenz COP24 in Polen mit dem Global Challenge Award ausgezeichnet wurde). In einem Hotel in Italien entwickelten die Mitarbeiter*innen das Trinkgeldsystem selbst. Mehrere mittelständische Familienunternehmen haben ihren Betrieb in eine Stiftung eingebracht oder in eine Genossenschaft umgewandelt, um Eigentum, Risiko und Verantwortung breiter zu streuen. Häufig kooperieren die Pionierunternehmen der Gemeinschaftswohl-Ökonomie und kaufen bei anderen Unternehmen der Bewegung ein; sie überprüfen ihre Lieferkette auf ethische Standards und wählen die Zuliefer-Partnerbetriebe entsprechend aus.

II. Neugründungen

Für Start-ups hat die Gemeinschaftswohl-Ökonomie-Bewegung das interaktive Ratgeber-Tool Ecogood Business Canvas entwickelt.[37] Dieses Instrument hilft ihnen, wesentliche ethische Fragen zu stellen, einen sinnvollen Zweck für ihre Unternehmung zu definieren und sich empathisch

37 ECOGOOD, *Ecogood Business Canvas*, zuletzt abgerufen am 06.06.2023, https://germany.ecogood.org/umsetzung/start-ups/.

in die nachhaltige Gesellschaft zu integrieren. Es wird angestrebt, dass Städte die Förderung von Impact Hubs an die Bedingung knüpfen, dass neue Start-ups entweder den Ecogood Business Canvas anwenden oder ein äquivalentes Instrument.

III. Städte

Aktuell schließen sich immer mehr Kommunen der Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung an. Manche wenden die Gemeinwohl-Bilanz auf die gesamte Verwaltung an, wie zum Beispiel Mertzig (Luxemburg), Eschlikon (Schweiz), Mäder (Österreich), Steinheim (Deutschland) oder der Bezirk Horta de Guinardò von Barcelona (Spanien).[38] Andere Städte und Gemeinden beauftragen die Gemeinwohl-Bilanzierung von öffentlichen Unternehmen, etwa Zaragoza, Stuttgart, Marburg, Münster oder Hamburg. Ähnlich wie Unternehmen streben auch Städte danach, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, ihre Lieferketten zu verkürzen, auf umweltfreundliche Finanzierungen umzustellen und die Bürger*innen in politische Entscheidungen einzubeziehen. Einige Städte suchen nach Möglichkeiten, Indikatoren und Werte der Gemeinwohl-Ökonomie bei der öffentlichen Beschaffung und in der Wirtschaftsförderung heranzuziehen. Dieses Instrument zur Nachhaltigkeitsberichterstattung ist auch deswegen hilfreich, weil es die Vergleichbarkeit der Bewertungen ermöglicht.

IV. Regionen

Angetrieben von einer Gruppe von Pionierunternehmen, darunter eine Apotheke und die private »Gemeinwohl-Ökonomie-Stiftung Nordrhein-Westfalen«, ist eine wachsende Zahl von lokalen Akteuren dabei, den Kreis Höxter zur ersten »Gemeinwohl-Region« der Welt zu machen.[39] Gemeinsam mit Städten, Unternehmen, Banken und Universitäten werden unterschiedliche Aktivitäten entfaltet. Die Region Valencia (Spanien) hat ein Gesetz zur För-

38 ECOGOOD, *Applying ECG in Municipalities*, zuletzt abgerufen am 06.06.2023, https://www.ecogood.org/apply-ecg/municipalities/.

39 Zuletzt abgerufen am 06.06.2023, https://stiftung-gemeinwohloekonomie.nrw/gemeinwohlregion-kreis-hoexter/.

derung des Modells verabschiedet und ist dabei, ein öffentliches Register für geprüfte Unternehmen einzurichten.

V. Gemeinwohl-Index

Die ersten Regionen und Städte sind nun auf dem Weg, einen lokalen oder regionalen Gemeinwohl-Index (GWI) zu entwickeln. Die Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung hat einen partizipativen Prozess entwickelt, der es den Bürgern*innen ermöglicht, den GWI mitzugestalten. Ein Konvent oder Bürger*innen-Rat könnte nach dem Zufallsprinzip, aber repräsentativ nach Alter, Geschlecht, Berufs- und Einkommensgruppen sowie Migrationshintergrund zusammengestellt werden. Die Konventsmitglieder könnten ihre eigenen Vorschläge sowie die Vorschläge der Bevölkerung (mittels dem Modell von »Liquid Democracy«) sammeln und diejenigen Unterziele herausfiltern, welche die größte Unterstützung genießen. Die 20 »Finalisten« würden in den künftigen GWI eingehen. Erfahrungsgemäß handelt es sich dabei um Werte wie Gesundheit, Lebenszufriedenheit, gelingende Beziehungen, sozialen Zusammenhalt, Verteilungsgerechtigkeit, stabile Grundrechte und politische Mitwirkung, Ökosystemstabilität und Friede. Expert*innen unterschiedlicher Disziplinen könnten sodann Indikatoren entwickeln, mit denen der Fortschritt des GWI gegenüber dem Vorjahr oder einer Nachbarregion, die ebenfalls diesen GWI (oder einen anderen) anwendet, gemessen werden. So ließen sich im Prozess bottom-up (der demokratische Souverän definiert die Ziele) und top-down (die Wissenschaft liefert die Indikatoren) kombinieren. Erste Schritte auf dem Weg zu einem GWI wurden in Guarromán, Benifairó de la Valldigna und Salamanca (Spanien), in Südtirol, in einem Bezirk der Stadt Münster sowie in den Regionen Wendland und Baden-Württemberg gemacht.

VI. Schulen

Die Akteur*innenkreis Bildung der Bewegung hat didaktisches Material, Workshops und Vorträge entwickelt. Mehr als 200 Schulen haben bereits die Gemeinwohl-Ökonomie-Referent*innen zu Workshops und Vorträgen eingeladen. Derzeit wird ein eigenes Curriculum für Schulen entwickelt, um die Gemeinwohl-Ökonomie in die Fächer Wirtschaft, Sozialkunde, Geo-

graphie, Ethik und politische Bildung zu integrieren.[40] Außerdem haben erste Schulen eine Gemeinwohl-Bilanz erstellt.

VII. Universitäten

Die Universitäten Flensburg und Kiel in Deutschland haben ein dreijähriges Forschungsprojekt zur Gemeinwohl-Ökonomie abgeschlossen; drei börsennotierte Unternehmen (DAX) waren daran beteiligt.[41] Die Universität Valencia in Spanien hat 2017 einen Gemeinwohl-Ökonomie-Lehrstuhl eingerichtet und eine erste empirische Studie an 206 Unternehmen mit einer Gemeinwohl-Bilanz durchgeführt. Das Ergebnis ist, dass die Gemeinwohl-Bilanz einen positiven Einfluss sowohl auf die ethische als auch auf die finanzielle Leistung von Pionierunternehmen hat.[42] Viele Hochschullehrer*innen haben die Gemeinwohl-Ökonomie in ihren Unterricht integriert. Die Technische Hochschule Nürnberg[43] und die Fachhochschule Burgenland haben eine Gemeinwohl-Bilanz erstellt, letztere bietet einen MA-Studiengang in Angewandter Gemeinwohl-Ökonomie an.[44] Die Universität von Córdoba in Argentinien hat den dreimonatigen Kurs »PINE« ins Leben gerufen, um alternative Wirtschaftsmodelle einem breiteren Publikum vorzustellen. 2023 wird er zur »Diplomatura« aufgewertet.[45]

---

40 Zuletzt abgerufen am 06.06.2023, https://germany.ecogood.org/umsetzung/bildungseinrichtungen/.

41 Heidbrink, Ludger/Kny, Josefa/Köhne, Ralf/Sommer, Bernd/Stumpf, Klara/Welzer, Harald/Wiefek, Jasmin, *Schlussbericht für das Verbundprojekt Gemeinwohl-Ökonomie im Vergleich unternehmerischer Nachhaltigkeitsstrategien (GIVUN)*, Flensburg/Kiel 2018.

42 Sanchis, Joan R./Campos, Vanessa/Ejarque, Ana, *Analyzing the Economy for the Common Good Model. Statistical Validation of it Metrics and Impacts in the Business Sphere*, Valencia 2019.

43 Bauer, Jasmin, »Ein gutes Leben für alle. Auszeichnung der TH Nürnberg für hochschulweite Gemeinwohl-Bilanz«, in: Informationsdienst Wissenschaft/idw-online.de, zuletzt abgerufen am 06.06.2023, https://idw-online.de/de/news778292.

44 Austrian Institute of Management, *MA Angewandte Gemeinwohl-Ökonomie*, zuletzt abgerufen am 06.06.2023, https://aim.ac.at/programme/ma-angewandte-gemeinwohl-oekonomie/.

45 Universidad Nacional de Córdoba (Argentinien), *PINE: Programa de Introducción a Nuevas Economías*, zuletzt abgerufen am 06.06.2023, https://nuevaseconomias.org/.

VIII. Banken

Die zeitgleich mit der Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung gestartete Genossenschaft für Gemeinwohl mit Sitz in Wien hat in Zusammenarbeit mit einer regionalen Genossenschaftsbank Österreichs erstes Gemeinwohlkonto auf den Markt gebracht[46] und daraus die Idee des »Gemeinwohl-Bankings« entwickelt.[47] Das ist die Kombination von Gemeinwohlkonten (Girokonto, Sparkonto, Geschäftskonto, Studentenkonto) auf der Passivseite und ethischen Krediten auf der Aktivseite der Bankbilanz. Gemeinwohl-Kredite könnten wiederum – neben Betrieben in zertifizierten Sektoren – an Unternehmen mit guten Gemeinwohl-Bilanzen, auf Basis von deren Ergebnis, vergeben werden. Jede Bank könnte eine Ethik-Schiene progressiv einführen, so wie praktisch alle Supermärkte eine Bio-Schiene eingeführt haben, die stetig wächst. Erreicht das Gemeinwohl-Banking 100 Prozent der Bilanz-Summe, kann von einer echten *Gemeinwohl-Bank* gesprochen werden.

Die Gemeinwohl-Bewegung ist seit 2010 in 35 Ländern aktiv geworden, knapp 200 lokale Gruppen sind international entstanden. An der Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung kann sich jede Person, jedes Unternehmen und jede Organisation niederschwellig beteiligen.

---

46 Zuletzt abgerufen am 06.06.2023, https://www.gemeinwohlkonto.at/.

47 Sieben, Daniel, »Wir entwickeln Gemeinwohl-Banking, um Nachhaltigkeit und Innovation zu fördern«, in: *sinnmachtgewinn*, zuletzt abgerufen am 06.06.2023, https://www.sinnmachtgewinn.de/artikel/wir-entwickeln-gemeinwohl-banking-um-nachhaltigkeit-und-innovation-zu-foerdern.